



MEHR BILDUNG – MEHR CHANCEN

Erste Ergebnisse des Bildungsdialogs
der öö Sozialpartner



MEHR BILDUNG – MEHR CHANCEN

Erste Ergebnisse des Bildungsdialogs der öö Sozialpartner

1. Der Bildungsdialog der öö Sozialpartner

2. Herausforderungen für die berufliche Erstausbildung von Morgen

- 2.1. Künftig stehen weniger Jugendliche für die berufliche Erstausbildung zur Verfügung
- 2.2. Künftig ist eine optimale Ausschöpfung von Begabungsreserven notwendig
- 2.3. Künftig muss Österreichs Schule wieder ins internationale Spitzenfeld
- 2.4. Künftig sind auch bildungspolitische Traditionen ohne Tabu zu hinterfragen

3. „Für eine erfolgreiche Pflichtschule“ – Vorschlagspaket der öö Sozialpartner für die allgemeine Grundausbildung vor Beginn der beruflichen Erstausbildung

- 3.1. Verpflichtende Frühförderung
- 3.2. Individuelle Förderung als Leitprinzip
- 3.3. Flächendeckendes Angebot ganztägig geführter Schulen
- 3.4. Mehr schulische Eigenverantwortung ist gefragt, aber auch laufende Qualitätssicherung
- 3.5. Zeitgemäße Aus- und Weiterbildung für Pädagog/innen

4. Umsetzungsvorschläge – Handlungsbedarf für Bund und Land

Anhang: Fotogalerie – Mitglieder Bildungsdialog der öö Sozialpartner

1. DER BILDUNGSDIALOG DER OÖ SOZIALPARTNER

Im Herbst 2004 gründeten Bildungsexpert/innen der oö Interessenvertretungen der Arbeitnehmer/innen sowie der gewerblichen Wirtschaft und der Industrie eine gemeinsame Arbeitsstruktur – den Bildungsdialog der Sozialpartner – mit dem Ziel, eine gemeinsame Sichtung der Problemstellungen der beruflichen Erstausbildung in den nächsten Jahren zu erarbeiten und die Ergebnisse zusammen mit akkordierten Lösungsansätzen der allgemeinen und politischen Öffentlichkeit vorzustellen.

Die Analyse erstreckte sich über alle Bereiche der beruflichen Erstausbildung; sie beginnt mit der vorgelagerten allgemeinen Grundbildung in der Pflichtschule, in der die wesentlichen Grundlagen für die berufliche Bildungsfähigkeit und –motivation gelegt werden, und geht bis hin zur tertiären Bildung und dem Prozess des „Lifelong Learning“. Aus der Vielzahl von Problemstellungen wurden vier wesentliche Herausforderungen für die Berufsausbildung von Morgen herausgegriffen (Kapitel 2). Die Komplexität der Fragenstellungen verlangte eine differenzierte Erarbeitung von Lösungsansätzen zu den einzelnen Themenbereichen.

Die Ergebnisse des ersten Arbeitspakets – eine Sammlung von innovativen Ideen im gesamten Bildungswesen bis zum Einsetzen der beruflichen Erstausbildung – werden nachstehend präsentiert (Kapitel 3). Der Politik werden Handlungsansätze und Lösungsvorschläge auf Bundes- und Landesebene vorgestellt, deren baldige Umsetzung den Sozialpartnern angesichts der bestehenden Herausforderungen enorm wichtig erscheinen. Die Sozialpartner signalisieren damit auch ihre Bereitschaft, der Politik bei der Umsetzung dieser Lösungsvorschläge zur Verfügung zu stehen.

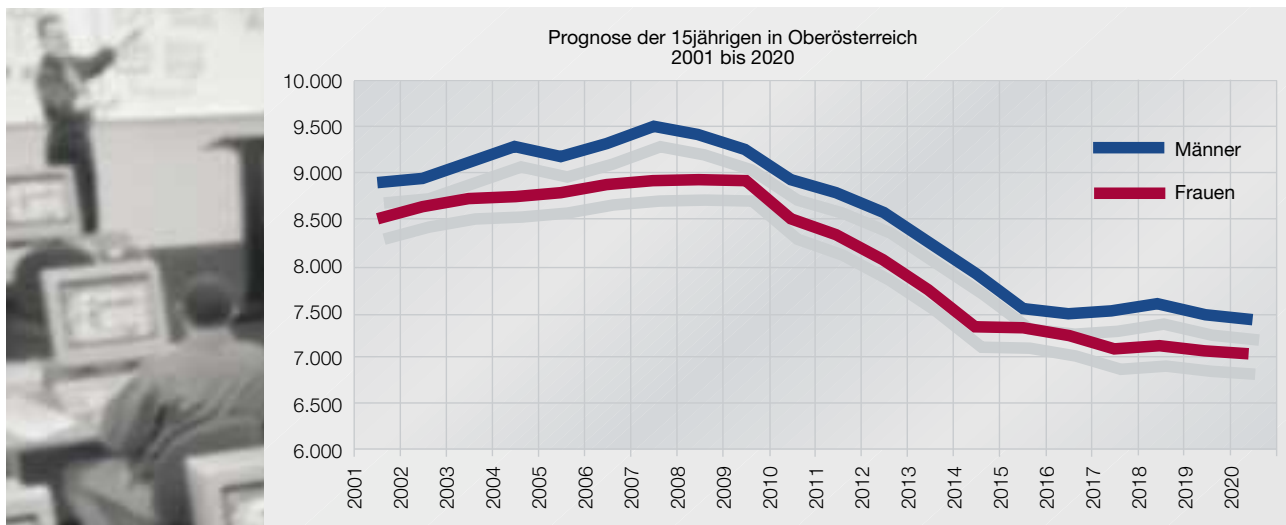
Als nächstes soll im Rahmen des Bildungsdialogs ein umfassendes Arbeitspaket mit Lösungsansätzen für den Bereich der beruflichen Erstausbildung (allgemeine und berufliche Bildung in der Sekundarstufe II sowie im tertiären Sektor) in Angriff genommen werden. Weitere Arbeitsschwerpunkte stellen die Themen „Frauen und Berufsbildung“ sowie „Lebensbegleitendes Lernen in einem veränderten Umfeld“ dar.



2. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE BERUFLICHE ERSTAUSBILDUNG VON MORGEN

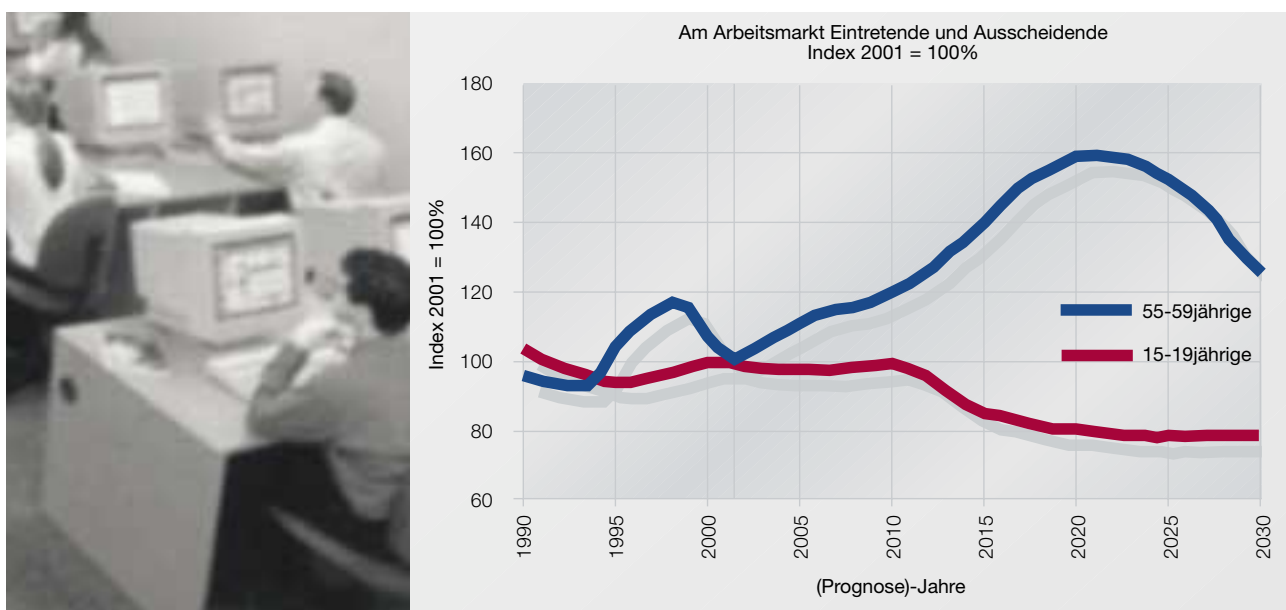
2.1. Künftig stehen weniger Jugendliche für die berufliche Erstausbildung zur Verfügung

Entwicklung der Zahl der 15-Jährigen in OÖ bis 2020



Quelle: Statistischer Dienst Land OÖ

Veränderung der Altersstruktur des oö Arbeitsmarktpotentials



Quelle: Statistischer Dienst Land OÖ

Bereits ab dem Jahr 2008 prognostizieren Demoskopien einen Einbruch des Arbeitskräftepotentials; spätestens ab 2013 trifft eine empfindliche Verkleinerung der Altersjahrgänge der 15-jährigen auf eine relativ größere Zahl von aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden Personen.

Die ab 2008 unter sonst gleichen Bedingungen (Technologie, Migration) deutlich abnehmende Zahl von Jugendlichen eines Altersjahrgangs wird den Wettlauf der verschiedenen Bildungseinrichtungen um die Auszubildenden im Anschluss an die Sekun-

darstufe I kräftig beschleunigen. Diese verschärfte (Standort-)Konkurrenz betrifft alle Ausbildungsformen und -bereiche. Die sinkende Zahl des Ausbildungspotentials führt voraussichtlich auch zu einer Umkehrung auf dem Lehrstellenmarkt: aus dem gegenwärtigen Überhang von Lehrstellensuchenden wird – unter der Annahme, dass das Lehrstellenangebot auf dem heutigen Niveau bleibt – ein sogenannter „Angebotsüberschuss“. Lehrbetriebe werden also verstärkt um Lehrlinge werben müssen. Die Wirtschaft befürchtet einen Mangel an qualifizierten Lehrlingen.

2.2. Künftig ist eine optimale Ausschöpfung von Begabungsreserven notwendig

Die demografische Entwicklung verdeutlicht: in nur wenigen Jahren kann sich unsere Volkswirtschaft noch weniger leisten, Begabungsreserven brach liegen zu lassen! Eine wichtige Weichenstellung kommt diesbezüglich bereits den Bildungsprozessen vor Eintritt in die berufliche Erstausbildung zu. Aktuelle Studien bestätigen erneut, dass die österreichische Schule soziale Herkunftseffekte weniger als manche andere Länder auszugleichen vermag (z.B. PISA 2003, ÖIBF 2004).

Individuelle schulische Förderung setzt bei uns oft zu spät bzw. in zu geringem Umfang ein. Jede/r Schulabgänger/in wird gebraucht! Dies verlangt nach bestmöglicher individueller Förderung beginnend mit dem Vorschulalter. Die derzeitige Situation – zu viele Pflichtschulabsolvent/innen schließen ihre Pflichtschulkarriere negativ ab bzw. belegen im Anschluss an die Pflichtschule keinen weiteren Ausbildungsgang mehr – verlangt umgehende Verbesserungsmaßnahmen.



2.3. Künftig muss Österreichs Schule wieder ins internationale Spitzenfeld

Auch die Ergebnisse der PISA-Studie (PISA 2003) weisen in die selbe Richtung: jede/r fünfte Pflichtschulabgänger muss mittlerweile zur sogenannten „Risikogruppe“ gezählt werden (Risiko, aufgrund ungenügender Grundkompetenzen keinen Anschluss in Gesellschaft und Erwerbsleben zu finden). Verschärfend kommt hinzu, dass bei PISA die rund 6 Prozent jener Jugendlichen, die sich zum Testzeitpunkt in keiner (!) Ausbildung mehr befanden, gar nicht mitgetestet wurden (Out of School Population). Die Allerschwächsten sind somit gar nicht im Ergebnis enthalten.

PISA misst vor allem die Qualität der Pflichtschulen im internationalen Maßstab: Österreich ist hier in allen Testgebieten auf einen Mittelfeldplatz abgerutscht, der unseren Ansprüchen einer zukünftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht genügen kann. Ein Alarmzeichen, das aus Sicht der Sozialpartner rasches und nachhaltiges schulpolitisches Handeln erfordert. Ziel muss sein, so rasch wie möglich den Anschluss zu internationalen Spitzenleistungen zu schaffen.

2.4. Künftig sind auch bildungspolitische Traditionen ohne Tabu zu hinterfragen

Das österreichische Schulsystem zeichnet sich durch ein hohes Maß an äußerer Differenzierung aus, einhergehend mit einem im internationalen Vergleich relativ frühen Einsetzen von Bildungsweg- und Berufswahlentscheidungen. PISA beispielsweise belegte, dass eine Mittelstufe mit äußerer Differenzierung (eine bald einsetzende schulische Selektion) keineswegs ein Garant für schulische Spitzenleistungen ist, wie früher angenommen wurde. Umgekehrt zeigten einige Länder, die bei PISA voran lagen, dass mit umfassenden individuellen Förderungen und flexiblen heterogenen Lerngruppen auch in gemeinsamen Mittelstufenstrukturen keine „Nivellierung nach unten“ erfolgte, wie früher befürchtet wurde, sondern durchaus sowohl der Durchschnittserfolg als auch die Spitzenleistungen beachtlich sein

können. An den Schnittstellen im Übergang zwischen den verschiedenen Schulformen und –stufen ist auch die Problematik der Aus- und Umsteiger/innen von Bedeutung. Dieser unbefriedigende Status Quo belastet gleichermaßen volkswirtschaftliche und individuelle Ausbildungsaufwendungen.

Angesichts des drängenden Erfordernisses zur Ausschöpfung und bestmöglichen Entwicklung der österreichischen Begabungsreserven sollte in der bildungspolitischen Debatte eine tabulose, kritische Hinterfragung auch traditioneller, gewohnter Schulstrukturen gewünscht und möglich sein, ohne von vornherein eine bestimmte äußere Form der Schulorganisation zu bevorzugen.



3. „FÜR EINE ERFOLGREICHE PFLICHTSCHULE“

Vorschlagspaket der öö Sozialpartner für die allgemeine Grundausbildung vor Beginn der beruflichen Erstausbildung

3.1. Verpflichtende Frühförderung

Im Zentrum der geforderten Entwicklung steht die Frühförderung, die im Kindergarten oder als „Vorschule“ stattfinden kann. Wesentlich erscheint, damit weder eine „Verschulung“ des Kindergartens noch eine „Verkindergarten“ der Schule anzustreben. Beide Institutionen müssen sich partiell ändern, um diese Herausforderung produktiv – im Sinne der Kinder – zu meistern. Die Frühförderung sollte verpflichtend ab dem 5. Lebens-

jahr einsetzen und ohne Gebührenbarrieren stattfinden. Neben der verbesserten Integration für sozial Benachteiligte bzw. Lernschwache muss insbesondere Wert auf verbesserte Förderung der Sprach- und Sozialkompetenz für alle Kinder gelegt werden. All dies setzt eine systematische Weiterbildung der Pädagog/innen (Schule, Kindergarten) in Sachen Frühförderung sowie eine enge Kooperation beider Institutionen voraus.

3.2. Individuelle Förderung als Leitprinzip

Die PISA-Ergebnisse deuten darauf hin, dass es Schulsystemen anderer Länder besser gelingt, eine große „Spreizung“ zwischen den – in den Leistungsmaßen – besten und schwächsten Schüler/innen zu verhindern und dabei sowohl bessere Mittelwerte als auch mehr Spitzenleistungen zu erzielen.

Die Förderung aller Begabungen zur bestmöglichen Nutzung der Begabungsreserven und zur Verhinderung nachteiliger Auswirkungen von „Startungleichheiten“ (z.B. soziale Herkunftseffekte, besondere Begabungen, Teilleistungsschwächen) soll in einem Unterricht erfolgen, der auf individuelle Förderung der unterschiedlichen Schüler/innen zielt und dazu verschiedene Formen der Unterrichtsindividua-

lisierung und –differenzierung nutzt. Für Lernschwache bzw. sozial Benachteiligte muss – beginnend ab der Vorschule – individualisierender Unterricht und individuelle Förderung durch erweiterte Betreuungsteams im Rahmen von Kleinstgruppen möglich sein. Weiters sollten Lerngruppen bzw. Klassen sinnvoll durchmischt sein, um einen optimalen Lernertrag zu erreichen.

Parallel zu obigen Maßnahmen müssen breit ausgerichtete Initiativprogramme in Lehrkräftefortbildung und Schulentwicklung gestartet werden, um die sozialen und methodisch-didaktischen Kompetenzen für Individualisierung und Differenzierung im Unterricht zu vermitteln und um „Best-practice-Beispiele“ zu verbreitern.



3.3. Flächendeckendes Angebot ganztägig geführter Schulen

Der zunehmende Bedarf an ganztägig geführten Schulformen seitens der Eltern ist durch eine Reihe wissenschaftlicher Studien auch für Oberösterreich evident (ifes 2002, 2003; ibe 2003, Schneider/Dreer 2004). Die Eltern bzw. Schüler/innen sollen daher einen individuellen Rechtsanspruch auf ein flächendeckendes Angebot an ganztägig geführten Schulformen ohne Gebührenbarrieren erhalten, wobei jedoch niemand zu einem Ganztagsangebot ver-

pflichtet werden darf. Die in einer ganztägig geführten Schulform zusätzlich gewonnene Zeit in der Schule ist für qualitätsvolle Lern- und Freizeitangebote zu nutzen, die über Beaufsichtigung und Hausübungsbetreuung hinausgehen. Hier kommt der Formulierung und Einhaltung von Mindestqualitätskriterien höchste Bedeutung zu! Um diese Ziele zu erreichen ist eine Initiative zur sozial- und freizeitpädagogischen Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte erforderlich.

3.4. Mehr schulische Eigenverantwortung ist gefragt – aber auch laufende Qualitätssicherung

Schulen sollen mehr Eigenverantwortung bekommen. Hierzu benötigen sie Hilfestellung durch effiziente Unterstützungssysteme bei Qualitätsentwicklung und –evaluation von Unterricht und ihrer sonstigen Angebote. Im Rahmen eines pädagogischen Zielsystems sollen nationale Zielvorgaben und Mindeststandards parlamentarisch-demokratisch legitimiert sein. In diesem Rahmen soll gleichzeitig mehr Schulautonomie zugelassen werden (Methodenwahl, Verteilung der Unterrichtszeit, ...). Zielvereinbarungen zwischen Schulbehörde und Direktion bzw. zwischen Direktion und Lehrkräften finden innerhalb dieses demokratisch-legitimierten Rahmens Platz und sollen insbesondere auch zur Weiterentwicklung zentral vorgegebener Leistungs- und Förder-

standards beitragen. Auch ein modernes Schulmanagement wird auf die Einbindung und Partizipation von Eltern Wert legen, deren Mitdenken und Mitarbeiten ein wesentlicher Faktor in einem umfassenden Konzept der Lernförderung ist. Sofern pädagogisch vertretbar und die Systemeffizienz steigend sollte die Schulverwaltung auf Bundes- und Landesebene verschlankt werden. Dadurch freiwerdende Mittel sollen im Schulbereich zweckgebunden zum Einsatz kommen.

Jede Schule braucht schulinterne Instrumente der Qualitätsbeobachtung und –entwicklung. Diese sollten durch eine diagnoseorientierte, externe Leistungsfeststellung ergänzt werden. Deren Ergebnisse sollten nicht nur den Schüler/innen zugerechnet, sondern



auch als Rückmeldung an die Lehrkräfte und Schulen interpretiert werden. Der Zweck der Testung liegt letztlich nicht in der Feststellung von Schwächen einer Schule, sondern in der Identifikation von Möglichkeiten einer Weiterentwicklung zum Wohle der Schüler/innen. Testinstrumente, die sich auf Leistungs- und Förderstandards beziehen, müssen immer im Verbund mit anderen Diagnoseinstrumenten und mit Materialien zur individualisierten Förderung von Schüler/innen angeboten werden. Die Messungen von Schüler/innen und

Schulleistungen dürfen daher nicht nur in den Abschlussjahrgängen erfolgen (d.h. zumindest auch in der 3. und 7. Schulstufe).

Auf Qualitätsevaluation folgt Qualitätsentwicklung: Aus den Ergebnissen der standardbezogenen Testung werden verpflichtende Maßnahmen der Weiterentwicklung für Lehrkräfte und Schule abgeleitet. Die bisweilen geringe Erfahrung in Österreich im Umgang mit diesen Instrumenten unterstreicht auch hier die Wichtigkeit umfassender Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte.



3.5. Zeitgemäße Aus- und Weiterbildung für Pädagog/innen

Die Lehrkräftebildung muss auch zu einem neuen Selbstverständnis der Lehrkräfte beitragen: Möglichst viel mit allen Schüler/innen erreichen – Mitverantwortung für das Lernergebnis der Schüler - wird im Sinne der persönlichen Entwicklung der Menschen, aber auch der Ausschöpfung von Begabungsreserven immer wichtiger. Dies erfordert auch verstärkte Kooperation verwandter Berufsgruppen im Umfeld der Pädagogik (Sozialarbeiter/innen, Schulpsycholog/innen, pädagogische Fachkräfte z.B. mit sozial- und freizeitpädagogischer Qualifikation). Die Fähigkeiten der Pädagog/innen müssen sich auch in Richtung Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Anwendung differenzierter Diagnose- und Förderinstrumentarien (fle-

xible, heterogene Lerngruppen) sowie sozialer bzw. sozial- und freizeitpädagogischer Kompetenzen erweitern.

Für alle pädagogischen Berufe ist ein einheitliches Niveau der professionellen Grundqualifikation in einer tertiären Einrichtung in verschiedenen Fachrichtungen anzustreben. Lehrkräften an neuen Arbeitsstellen ist eine berufliche Einführungsphase (Mitarbeiter/inneneinführung) zur Einarbeitung in die spezifische Arbeitsorganisation und die Anforderungen des Standortes anzubieten. Weiters bedarf es eines koordinierten Weiterbildungssystems zur kontinuierlichen Erweiterung beruflicher Qualifikationen.

4. UMSETZUNGSPERSPEKTIVE – HANDLUNGSBEDARF FÜR BUND UND LAND

Die öö Sozialpartner erwarten sich von der Politik eine verbindliche Umsetzungsdiskussion ihrer oben dargestellten Lösungsansätze mit einer konkreten Zeit- und Zielperspektive. Selbstverständlich stehen die Sozial-

partner in diesem Prozess zur Mitarbeit gern zur Verfügung.

Konkret sollten aus Sicht der öö Sozialpartner folgende Themenfelder vorrangig bearbeitet werden:

- Einigung über ein pädagogisches und ein Finanzierungskonzept für ganztägige Bildungsangebote in Oberösterreich, die den dargestellten Qualitätsansprüchen gerecht werden.
(Adressaten: Bund, Land und Kommunen)
- Berücksichtigung der Sozialpartnervorschläge zur Frühförderung bei der aktuellen Neuregelung des Kinderbetreuungsgesetzes bzw. bei der Umsetzung der Novelle zum öö. Kindergarten- und Hortgesetz.
(Adressat: Land)
- Unterstützung einer „Evaluation der beruflichen Bildung in Oberösterreich“, die von den Sozialpartnern als dringlich erachtet wird. Dabei sollen unter anderem folgende Fragen thematisiert werden:
 - quantitative und qualitative Entsprechung zwischen Bildungsangeboten und beruflichen Anforderungen
 - Ausbildungsmöglichkeiten in neuen, zukunftsträchtigen Berufsfeldern
 - Grad der Spezialisierung der Erstausbildung (z.B. Schulstrukturen, die „Umwege“ und Zeitverlust erforderlich machen)
 - Flexibilität der AbsolventInnen.(Adressaten: Bund und Land)
- Weiterentwicklung eines verpflichtenden pädagogischen Zielsystems mit Leistungs- und Förderstandards sowie Vorsorge für seine flächendeckende Umsetzung auf Schul- und Systemebene (Management, Unterstützungssysteme, externe Evaluation)
(Adressat: Bund)
- Entwicklung einer vergleichbaren Grundqualifikation des pädagogischen Personals in Hinblick auf Individualisierung und Förderung aller Begabungen (von den Leistungsschwachen bis zu den besonderen Begabungen) und zur Förderung von Schlüsselqualifikationen
(Adressat: Bund)



MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE „BILDUNGSDIALOG DER OÖ SOZIALPARTNER“



Moderation, wissenschaftliche Prozessbegleitung:

Univ.-Prof. **Dr. Herbert Altrichter**, Johannes Kepler Universität Linz,
Institut für Pädagogik und Psychologie



Arbeiterkammer:

Dr. Fritz Bauer, Arbeiterkammer OÖ,
Leiter der Abteilung Bildung und Kultur

Dr. Max Neuhofer, Arbeiterkammer OÖ,
Abteilung Bildung und Kultur

Erich Rohregger, Arbeiterkammer OÖ,
Referat Lehrlings- und Jugendschutz



Industriellenvereinigung:

Mag. Doris Lauber, Industriellenvereinigung OÖ,
Referentin



Österreichischer Gewerkschaftsbund:

Dr. Erich Gumplmaier, ÖGB-Oberösterreich,
Landessekretär

Reinhold Weiermeier, Gewerkschaft Metall-Textil OÖ,
Jugendarbeit und Öffentlichkeitsarbeit



Wirtschaftskammer:

Dr. Felix Messner, Wirtschaftskammer OÖ,
Leiter der Abteilung Bildungspolitik

Dr. Herwig Siegl, Wirtschaftskammer OÖ,
Leiter der Lehrlingsstelle und Meisterprüfungsstelle

Mag. Christine Wolfmayr, Wirtschaftskammer OÖ,
Leiterin Karriereberatung



